

»Es darf nichts mehr von hier nach Bonn verschleppt werden!«

Konkurrierende Konzepte der Museumspolitik in der Rheinprovinz
im Spannungsfeld von Zentralisierungs- und Dezentralisierungsbestrebungen

»Es darf nichts mehr von hier nach Bonn verschleppt werden!« – Dieser Satz stammt aus dem Jahr 1907 von Hans Lehner, dem damaligen Direktor des Bonner Provinzialmuseums,¹ und zwar aus einem Vortrag am Winkelmannsfest, in dem er das Verhältnis der unterschiedlichen Museen der Rheinprovinz zueinander programmatisch beschreibt und sein Idealbild einer provinziellen Museumsstruktur vorstellt – zumindest im Blick auf kulturgeschichtliche Museen.² An diesem Konzept hielt er Zeit seines Arbeitslebens fest. Zwanzig Jahre später hat er es weitgehend unverändert erneut in Vorträgen und Aufsätzen vorgelegt und in seiner Eigenschaft als Museumsdirektor unentwegt umzusetzen versucht – oft gegen große Widerstände.³

»Es darf nichts mehr von hier nach Bonn verschleppt werden!« – Mit diesem Satz drückt Lehner die Sorge und Ablehnung der örtlichen Heimat- und Museumsfreunde gegenüber den beiden rheinischen Provinzialmuseen aus. Die Zusammenarbeit hatte sich in der Vergangenheit als schwierig erwiesen, die Konkurrenzsituation zwischen Museen mit unterschiedlichen Ansprüchen war gewachsen.

»Es darf nichts mehr von hier nach Bonn verschleppt werden!« – diesen Satz hat der Verfasser sinngemäß selbst noch von kulturgeschichtlich interessierten Bürgern gehört, als er 1989 im damaligen Regionalmuseum Xanten als Wissenschaftlicher Volontär zu arbeiten begonnen hatte. Die Spannungen und Sorgen zwischen der loka-

len und der übergeordneten Ebene existierten immer noch – und das, obwohl das Xantener Beispiel geradezu eine idealtypische Umsetzung von Lehnerns Plänen und Vorstellungen darstellte.

Dieses Spannungsfeld ist Thema dieses Beitrags.

Um die angesprochene Problematik richtig einordnen zu können, soll zunächst ein Blick auf die Ausgangssituation geworfen werden, das heißt auf die Museumslandschaft in der Rheinprovinz am Ende des neunzehnten Jahrhunderts. Aufgrund der Entwicklungen nach der Jahrhundertwende sah sich vor allem Lehner als Direktor des Bonner Provinzialmuseums vor die Aufgabe gestellt, der wachsenden Zahl unterschiedlicher kulturgeschichtlicher und heimatgeschichtlicher Museen in seinem Zuständigkeitsbereich Rechnung zu tragen und deren Zusammenarbeit und Zuordnung zu klären. Hierzu legte er jenes Konzept vor, das er in der gesamten weiteren Zeit seines Wirkens verfolgte.

Wie so oft im Leben unterscheiden sich Theorie und Praxis nicht unerheblich, was an einer ganzen Reihe an Beispielen dargestellt werden könnte. Dieser Beitrag beschränkt sich im Wesentlichen auf Essen (mit einem kurzen Blick auf Köln und Duisburg) und die vielen kleinen Heimatmuseen in der Rheinprovinz. Einschnitte bildeten dann der Wechsel in der Leitung des Bonner Museums von Hans Lehner zu Franz Oelmann im Jahr 1930 und – natürlich – das Jahr 1933.

¹ Zur Person vgl. Hans-Eckart Joachim, Der Bonner Archäologe und Museumsleiter Hans Lehner, in: Bonner Jahrbücher 210/211 (2010/2011), S. 3–22.

² Hans Lehner, Das Bonner Provinzialmuseum und die städtischen und Vereinsammlungen rheinischer Altertümer, in: Bonner Jahrbücher 116 (1907), S. 381–391, Zitat S. 383.

³ Hans Lehner, Vortrag: Das Bonner Provinzialmuseum als heimatkundliche Forschungsanstalt, in: Bonner Jahrbücher 132 (1927), S. 229–247; und ders., Das Heimatmuseum, seine Aufgaben und Ziele, Formen und Organisation, in: Walther Schoenichen (Hrsg.), Heimatmuseen. Wesen und Gestaltung. Berlin 1928, S. 1–24 und S. 277–285.

Museale Strukturen der Rheinprovinz im neunzehnten Jahrhundert

Die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte und Heimatkunde allgemein war im neunzehnten Jahrhundert im Wesentlichen Privatinitiativen überlassen. Geschichts- und Altertumsvereine entstanden, oder private Sammler und Forscher leisteten die Arbeit der Geschichts- und Heimatkunde oder Bodendenkmalpflege.⁴

In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts steigerten sich die Anforderungen an fachlich zuverlässige Arbeit in der Archäologie. Die Herstellung wissenschaftlicher Publikationen überforderte viele Vereine. Die akademische Spezialisierung der Fachrichtungen erlaubte es engagierten Laien immer weniger, den Ansprüchen gerecht zu werden. Engagierte Grabungstätigkeit führte zu immer größer werdenden Sammlungen, die sachgerecht bearbeitet, publiziert und aufbewahrt werden mussten. Didaktische Konzepte für die Präsentation solcher Vereinsammlungen fehlten völlig. Daher waren es die Vereine und Privatinitiativen selbst, die den preußischen Staat aufforderten, zur Wahrung des kulturellen Erbes aktiv zu werden.

So war es beispielsweise der Verein von Altertumsfreunden im Rheinlande, der auf die Schaffung einer staatlichen Einrichtung für die Denkmalpflege und die Bodendenkmalpflege drängte, als in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts die Vereinsbibliothek und die archäologische Vereinsammlung immer größer wurden. In der Vereinszeitschrift »Bonner Jahrbücher« lässt sich dies nachvollziehen: »Nachdem wiederholt die Absicht geltend gemacht worden war, die Vereinsammlungen zum Provinzialmuseum zu erklären, erschien es für die Verwirklichung dieses Planes von entscheidender Wichtigkeit, die k. Staatsregierung zu einem jährlichen Zuschuß und die Bonner Stadtverwaltung zur Erweiterung der Räume im Arndt-Hause zu bewegen.«⁵

In der Folge beschloss der zweiundzwanzigste Rheinische Provinziallandtag am 8. Juni 1874 die Gründung

zweier Provinzialmuseen in Bonn und Trier, zugleich aber auch ihre Übernahme in die Verwaltung der Provinz.

Im Jahr 1886 wurde im Rheinland zur »Unterstützung der Verwaltung der Museen« eine Museumskommission eingerichtet, die aber nicht nur administrative, sondern nicht zuletzt auch fachliche Hilfe leisten sollte.⁶

Des Weiteren ist das sogenannte Dotationsgesetz vom 8. Juli 1875 zu erwähnen.⁷ Die Zuweisung der denkmalpflegerischen Aufgaben erfolgte in § 4 Abs. 6: »Leistung von Zuschüssen für Vereine, welche der Kunst und Wissenschaft dienen, desgleichen für öffentliche Sammlungen, welche diese Zwecke verfolgen, Erhaltung und Ergänzung von Landesbibliotheken, Unterhaltung von Denkmälern«. Damit waren Denkmalpflege, Bodendenkmalpflege und Kulturgeschichte im weitesten Sinn Aufgabe des Provinzialverbandes.

Somit waren die Grundlagen für die Museumskonzeption der Rheinprovinz geschaffen. Der Staat regelte für ganz Preußen das Museumswesen in Gesetzen und Verordnungen und war Träger der Staatlichen Museen in Berlin, die Rheinprovinz finanzierte die beiden Provinzialmuseen in Bonn und Trier und beaufsichtigte sie durch ihre Museumskommission, die Lokalmuseen wurden von Städten und Gemeinden oder von Privatpersonen und Vereinen getragen, zwischen den Staatlichen, den provinziellen und den lokalen Häusern existierte ein nicht näher formalisiertes Unterordnungsverhältnis.

Der Staat Preußen sorgte mittels Gesetzen und Verordnungen dafür, dass alle archäologischen Funde auf Staats- oder Kirchengebiet oder beim Eisenbahnbau an die Königlichen, nach 1918 Staatlichen Museen in Berlin gehen sollten. Und wo man es für nötig hielt, bediente man sich in Berlin auch zwielichtiger Methoden, um in der Rheinprovinz unter Übergehung der Provinzialmuseen an archäologische Funde zu gelangen.

In der Rheinprovinz wie überall im Deutschen Reich entstand eine Vielzahl weiterer lokaler Museen, die in der Praxis manchmal ein überraschendes Eigenleben an den Tag legten. Bis zur Jahrhundertwende sah die Grundstruktur noch ganz praktikabel aus, denn die Zahl der

⁴ Zu diesem Thema gibt es inzwischen reichhaltige Literatur, z. B. Klaus Pabst, *Geschichtszeitschriften und Geschichtsvereine im Rheinland seit 1815*, in: Kurt Düwell / Wolfgang Köllmann (Hrsg.), *Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter*, Bd. 1. Von der Entstehung der Provinz bis zur Reichsgründung, Wuppertal 1983, S. 317–336.; ders., *Landesgeschichte und Geschichtsvereine im Rheinland*, in: *Geschichte im Westen* 7 (1992), S. 28–39; Manfred Rasch, *Zur Entstehung von Geschichts- und Heimatvereinen am »preußischen« Niederrhein*, in: Wolfgang Cilleßen (Hrsg.), *»Heimatliebe & Vaterlandstreue«*. Niederrheinische Museen vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus. Eine Ausstellung des Städtischen Museums Wesel in der Galerie im Centrum 26. November 2000 – 4. Februar 2001, Wesel 2000, S. 27–45.

⁵ *Bonner Jahrbücher* 52 (1872), S. 186. Zitiert nach Reinhard Fuchs, *Zur Geschichte der Sammlungen des Rheinischen Landesmuseums Bonn. Zur Frühgeschichte der Bodendenkmalpflege am*

Rhein und zu den Anfängen der archäologischen Ausgrabungen im Rheinland, in: *Rheinisches Landesmuseum Bonn. 150 Jahre Sammlungen 1820–1970*, Düsseldorf 1971, S. 1–158, hier S. 98. Vgl. auch Gabriele John, *150 Jahre Verein von Altertumsfreunden im Rheinlande*, Köln 1991, sowie dies., *Initiative von Privatleuten. 150 Jahre Verein von Altertumsfreunden im Rheinland*, in: *Rheinisches Landesmuseum Bonn* 5 (1991), S. 65–74.

⁶ »Reglement über die Leitung und Verwaltung der Provinzialmuseen zu Bonn und Trier«, publiziert in: *Zusammenstellung der für die Rheinische Provinzialverwaltung geltenden Gesetze, Verordnungen, Reglements, Instruktionen und Geschäftsanweisungen*. Düsseldorf 5. Aufl. 1892, S. 203–207. Zur Museumskommission besonders die §§ 7–9 und »Geschäftsordnung der Kommission für die Rheinischen Provinzialmuseen zu Bonn und Trier«, ebenda S. 207f.

⁷ Publiziert in: *Zusammenstellung (Anm. 6)*, S. 31–42.

Museumsneugründungen in der Rheinprovinz in dieser Zeit ist relativ überschaubar. Gleichwohl begannen sich allerorten immer mehr Bürger für die eigene Heimat zu interessieren, und es entwickelte sich die von romantischem Gedankengut getragene Heimatbewegung.⁸ So entstanden zwischen 1870 und 1918 vierzig neue Museen in der Rheinprovinz, in den ersten drei Jahrzehnten nur jeweils vier, fünf und vier, in den folgenden zehn Jahren stieg diese Zahl auf zwölf und in der Zeit danach wurden trotz des Krieges sogar fünfzehn neue Häuser gegründet.⁹

Hatte die Denkmalpflege ganz die wissenschaftlich-historische Richtung eingeschlagen, so nahm die Heimatschutzbewegung jetzt stark gefühlsmäßige und ethische Werte für sich in Anspruch. Das sicherte ihr sofort eine sehr viel stärkere Anteilnahme in der Bevölkerung, während die Denkmalpflege mit ihren Idealen vornehmlich auf die Gebildeten beschränkt blieb.¹⁰

Aus diesem Antrieb heraus entstanden zunehmend Heimatmuseen, getragen von Museumsvereinen oder von den Kommunen. Selbst die entstehenden Volkshochschulen nahmen die Vorgeschichte in ihre Lehrpläne auf.¹¹ Das Bürgertum wollte in den Städten und Gemeinden eigene Orte der kulturellen Erinnerung und der Selbstvergewisserung schaffen. Vor allem nach der Jahrhundertwende stieg die Zahl dieser Museumsgründungen – nicht nur in der Rheinprovinz – deutlich an. Diese neuen Museen waren aber in der Konzeption des Provinzialverbandes überhaupt nicht bedacht und bereiteten den Kultur- und Museumsverantwortlichen der Rheinprovinz durchaus Sorgen. Die zentrale Bedeutung der beiden Museen in Bonn und Trier wurde durch die lokalen Museen beeinträchtigt: Diese erhoben die Forderung, archäologische Funde, die in ihrer Stadt, in ihrer Gemeinde geborgen wurden, auch selbst auszustellen.

Hans Lehnerters Museumskonzept für die Rheinprovinz

Hans Lehner trug 1907 im eingangs genannten Winkelmannsvortrag programmatisch sein Museumskonzept für die Rheinprovinz vor, das das Verhältnis der Pro-

vinzial- und der Heimatmuseen zueinander austarieren sollte.¹²

Er weiß die vielen lokalen Aktivitäten im archäologischen und musealen Bereich durchaus zu würdigen und sieht seine Aufgabe gerade darin, »all die bewährten älteren und frischen jüngeren Kräfte, die sich überall in der Rheinprovinz auf dem Gebiete der heimischen Altertumsforschung und Sammlung regen, zu vereinigen.«¹³ Zugleich verleiht er aber seinen Ängsten Ausdruck: »Wie ein wirkliches Gebäude nie entstehen könnte, wenn seine Bausteine zerstreut an vielen Plätzen liegen blieben, so liegt auch für den Bau der rheinischen Kulturgeschichte eine ernste Gefahr in der allzu großen Zersplitterung und Zerstreung seiner Bausteine.«¹⁴

Ganz knapp formuliert, sollte Lehnerters Konzept darauf hinauslaufen, dass alle »wichtigen«, wissenschaftlich und kulturell bedeutenden Funde und Objekte an die Provinzialmuseen abgeliefert und gegebenenfalls die örtlichen Museen mit Kopien oder guten Fotografien versehen werden sollten. Kleinere, unbedeutendere Funde könnten dagegen vor Ort verbleiben.

Für die Ablehnung, die dieser Auffassung entgegenstand, zeigte er in seinem Vortrag kein Verständnis. »Somit ist es nicht etwa nur das Recht, sondern die von Staat und Provinz formulierte Pflicht des Bonner Provinzialmuseums aus allen Teilen des ihm zugewiesenen Rayons [...] Altertümer auszugraben, zu erwerben und in Bonn zu vereinigen. Wenn daher neuerdings gelegentlich in einzelnen lokalen Altertumsvereinen der Rheinprovinz in einem verzeihlichen Übereifer die Parole ausgegeben worden ist: ›Es darf nichts mehr von hier nach Bonn verschleppt werden‹, so müssen wir eine solche Auffassung ganz entschieden als irrtümlich ablehnen. Wer solches ausspricht, der verstößt ganz einfach gegen eine von Staat und Provinzialverband gegründete Institution, gegen eine von Staat und Provinz angeordnete Tätigkeit.«¹⁵

Hier machte sich das Fehlen einer gesetzlichen Regelung in Preußen für Denkmalschutz im Allgemeinen und Ausgrabungen (also Bodendenkmalpflege) im Besonderen negativ bemerkbar, denn die Rechtsposition des Museumsdirektors Lehner war bei Weitem nicht so stark, wie er es in solch markanten Sätzen glauben machen wollte. Nicht umsonst klagte er in seiner Grundsatzrede: »Der

⁸ Zur Heimatbewegung vgl. z. B. Karl Ditt, Die deutsche Heimatbewegung 1871–1945, in: Will Cremer / Ansgar Klein (Hrsg.), Heimat. Analysen, Themen, Perspektiven, Bd. 1, Bonn 1990, S. 135–154.

⁹ Zu den Zahlen siehe Stefan Kraus, Die Entstehung und Entwicklung der staatlichen Bodendenkmalpflege in den preussischen Provinzen Rheinland und Westfalen. Aichwald 2012, S. 184. Die Zahlen stammen aus Hugo Mötelfindt, Verzeichnis der Sammlungen vor- und frühgeschichtlicher Altertümer Deutschlands, in: Korrespondenzblatt der deutschen Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte 48 (1917), S. 27–50.

¹⁰ Friedrich Wilhelm Jerrentrup, Das Recht der Kulturdenkmalpflege in Nordrhein-Westfalen unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsstellung des Landeskonservators, Diss. Münster 1956, S. 58.

¹¹ Zu dem Einfluss der Heimat- und Volksbildungsbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf die Museen vgl. Andreas Kuntz, Das Museum als Volksbildungsstätte. Museumskonzeptionen in der deutschen Volksbildungsbewegung zwischen 1871 und 1918, Marburg 1976.

¹² Lehner, Provinzialmuseum (Anm. 2).

¹³ Lehner, Provinzialmuseum (Anm. 2), S. 381.

¹⁴ Lehner, Provinzialmuseum (Anm. 2), S. 382.

¹⁵ Lehner, Provinzialmuseum (Anm. 2), S. 383.

Zustand muss aufhören, [...] dass ein reichshauptstädtisches Museum heimlich prähistorische Altertümer in der Rheinprovinz ausgraben und zusammenkaufen lässt.«¹⁶

Erst 1914 wurde ein »Ausgrabungsgesetz« verabschiedet, das de facto den Provinzialmuseen ein Zugriffsrecht auf alle Funde der Provinz verschaffen sollte und das Recht auf freie Ausgrabungen abschaffte, zumindest solange die Vereine und Lokalmuseen keine fachlich adäquate Arbeit garantieren konnten.¹⁷

Zu bemerken ist, dass sich mit den Provinzialmuseen und den Heimatmuseen auch zwei grundsätzlich andere Denkweisen gegenüberstanden, die freilich beide bürgerlich-konservativen Ursprungs waren: die eher akademische Museumsidee auf der einen, eine romantisch inspirierte »Bewegung« auf der anderen Seite.

Theorie und Praxis. Köln, Essen, Duisburg

Der museumstrukturelle Ansatz, den Lehner in seiner Rede 1907 dargelegt hat und in seiner Museumsarbeit stetig verfolgte, traf allerdings auf eine Wirklichkeit, die keineswegs seine Ansichten teilte. Lehnens Anspruch, die Provinzialmuseen sollten die gesamte Geschichte und Kultur der Rheinprovinz museal repräsentieren und darin unbedingten Vorrang vor allen anderen Einrichtungen haben, wurde von den anderen Vereinen und Museen der Provinz nicht unkritisch akzeptiert.

Lehner musste von Anfang an zur Kenntnis nehmen, dass sein Konzept nicht das Stadtgebiet Köln umfassen konnte. So schränkte er bereits in seiner programmatischen Rede in Bezug auf Köln ein: »Etwas anderes ist es natürlich, wo die Vorbedingungen gegeben sind. So wird es mir nie in den Sinn kommen, dem Wallraf-Richartz-Museum in Köln das Recht und die Pflicht, die stadtkölnischen römischen Inschriften und Skulpturen selbst zu sammeln, bestreiten zu wollen.«¹⁸

Lehner hatte um die Jahrhundertwende ein Abkommen zwischen der Provinz und der Stadt Köln erwirkt, das die archäologische und museale Zuständigkeit für Funde auf Kölner Stadtgebiet dem Wallraf-Richartz-Museum zusprach. Die Arbeit des Prähistorischen Museums in Köln war dagegen ein ständiger Streitherd. So schreibt Lehner 1912 an die Museumskommission:

»Es ist bei den Verhandlungen offenbar seitens der Stadt Cöln viel zu wenig berücksichtigt worden, dass schon seit zwölf Jahren ein auf meine Anregung entstandenes Privatabkommen zwischen dem Wallraf-Richartzmuseum in Cöln und dem Bonner Provinzialmuseum über die Abgrenzung der Erwerbungsbezirke besteht, dergestalt, dass Bonn völlig auf Ankäufe stadtkölnischer Funde verzichtet, wogegen das Cölner Museum keine ausserhalb Cöln's gemachten Funde erwirbt. Der Stadt Cöln war also durch dieses Abkommen die Möglichkeit gegeben, die stadtkölnischen Funde samt und sonders zu erwerben, so dass sie daraus seit 12 Jahren einen ganz erheblichen Nutzen gezogen hat. Denn es wäre mir bei meinen zahlreichen Verbindungen ein Leichtes gewesen, die schönsten Funde aus Cöln, die mir auch tatsächlich in grosser Menge angeboten worden sind, anzukaufen, während andererseits das Cölner Wallraf-Richartzmuseum solche Verbindungen in der Provinz nicht besass und besitzt, durch die es in der Lage wäre, uns da nennenswerte Konkurrenz zu machen. Wenn die Stadt Cöln also einerseits diesen vor allem für sie nützlichen Vertrag ruhig hinnimmt, andererseits aber den Provinzialmuseen auf prähistorischem Gebiete überall in der Provinz Abbruch tut, so ist sehr zu überlegen, ob jener Vertrag mit dem Wallraf-Richartzmuseum aufrecht erhalten werden soll.«¹⁹

Das Verhältnis der Stadtkölner zur Bodendenkmalpflege der Provinz und der einschlägigen Museen waren und blieben auch nach 1900 immer sehr kompliziert und Grund langer Auseinandersetzungen auf Verwaltungsebene.²⁰ Während nämlich in Köln für die provinzialrömische Archäologie das Wallraf-Richartz-Museum zuständig war, dessen fachliche Kompetenz von Lehner akzeptiert wurde, beanspruchte das Prähistorische Museum (später Kölner Museum für Vor- und Frühgeschichte) unter der Leitung seines Gründers Carl Rademacher, sein Tätigkeitsfeld auf die gesamte Rheinprovinz auszuweiten.

Einen anderen Fall stellt das Städtische Museum Essen dar, später Ruhrlanmuseum, heute Ruhr Museum.²¹ Der erste Leiter dieses Hauses, der Chemiker Dr. Ernst Kahrs, entwickelte für sein Museum ein umfassendes Konzept mit dem Ziel, die gesamte Entwicklungsgeschichte des Ruhrgebiets – geologisch, paläontologisch, archäologisch und historisch – in seinem Haus zu präsentieren.

¹⁶ Lehner, Provinzialmuseum (Anm. 2), S. 390. So hat zum Beispiel der Altenrather Lehrer Carl Rademacher Ende des 19. Jahrhunderts im Auftrag der Vorgeschichtlichen Abteilung des Berliner Völkerkundemuseums den Niederrhein bereist und ohne behördliche Erlaubnis Grabhügel ausgegraben. Ähnlich ging er auch im Siegburger Raum vor (Kraus, Entstehung [Anm. 9], S. 104f. und S. 134f.).

¹⁷ Vgl. Stefan Kraus, Die Entstehung des Preussischen Ausgrabungsgesetzes und seine Regelungen, in: Blickpunkt Archäologie 3 (2014), S. 59–64.

¹⁸ Lehner, Provinzialmuseum (Anm. 2), S. 388.

¹⁹ Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland (im Folgenden: ALVR) 22889, Anträge des Provinzialmuseums Bonn an die Museumskommission vom 03.01.1912.

²⁰ Eine eigenständige Untersuchung des Verhältnisses der Kölner Museen und Bodendenkmalpflege zu den provinziellen Einrichtungen ist ein Desiderat.

²¹ Zur Museumsgeschichte vgl. Patrick Jung, Ausgegraben. Archäologie im Ruhr Museum. Essen 2016.

Kahrs war seit 1899 Hauslehrer der Familie Krupp und seit 1910 erst ehrenamtlicher Leiter, dann von 1914 an hauptamtlicher Direktor des Städtischen Museums.²² Vor seiner Zeit – das Haus war 1904 gegründet worden – waren die unterschiedlichen Interessen der Träger der Einrichtung der Grund, dass sich die Sammlung nicht recht entwickeln konnte. Während die Kunstabteilung, die sich später als Folkwang-Museum separierte, einen geradlinigen Kurs verfolgte, war unklar, ob die restlichen Abteilungen einen eher technisch-geschichtlichen, geologischen oder archäologischen Schwerpunkt herausstellen sollten. Die Stadtverwaltung übertrug Kahrs schließlich die Leitung des Museums, da er ein überzeugendes Programm entwickelt hatte. Dies »sah die Darstellung von Vorkommen, Gewinnung und Verwertung der heimischen Bodenschätze ›Kohle und Eisen‹ vor und die Sichtbarmachung des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges im Revier anhand der Siedlungs- und Verkehrsverhältnisse sowie der Wasserwirtschaft.«²³ Kahrs Hauslehrertätigkeit hatte ihm zudem die Türen potenter Geldgeber geöffnet, so dass er auch für die Finanzbeschaffung seines Museums der richtige Mann war.

Vielleicht war Essen für den Bonner Blick zu weit an der Peripherie der Rheinprovinz gelegen und mangels bedeutender römischer Fundplätze auch fachlich uninteressant. Das änderte sich, als Kahrs mit seinen guten finanziellen Möglichkeiten plötzlich zu einem offenen Konkurrenten für Lehnners Sammlungstätigkeit wurde.

In Niederbreisig, Kreis Ahrweiler, hatte sich die Familie Queckenberg schon seit Jahren in der Ausgrabungs- und Sammlungstätigkeit geübt.²⁴ Immer wieder war dies ein Thema in den Sitzungen der Museumskommission. In einem der Protokolle heißt es: »Direktor Lehner berichtet über die erneuten Ausgrabungen des Rentmeisters Queckenberg im Reg. Bez. Coblenz, bei denen er zum Teil in illoyaler auf Täuschung berechnender Weise dem Provinzialmuseum entgegenarbeitet. Direktor Krüger bestätigt den Bericht aus dem Reg. Bez. Trier. Das Vorgehen des genannten Schatzgräbers und seiner Hintermänner bringt angesichts der großen Geldmittel, über die er verfügt, eine große und bedenkliche Gefahr mit sich, abgesehen von der verhängnisvollen Preistreiberei.«²⁵ Das Wirken Queckenbergs und der Verkauf von Teilen seiner Sammlung ins Ausland waren Auslöser, die letztlich mit anderen An-

stößen zusammen zum preußischen Ausgrabungsgesetz führen sollten. Im Jahr 1917 befand sich die zuvor durch Teilverkäufe geschrumpfte Sammlung des Postverwalters Friedrich Queckenberg, die zunächst in Niederbreisig aufbewahrt worden war, im Museum Essen.²⁶

Kahrs hatte nie vor, die Sammlungs- und Ausstellungstätigkeit seines Museums auf das Stadtgebiet Essen zu beschränken. Er wollte vielmehr »im gesamten Industrieraum an Ruhr und Emscher sowie den umliegenden Gebieten tätig sein. Er sah das von ihm konzeptionierte Haus von Anfang an als Regional- oder Landschaftsmuseum.«²⁷

Da das Essener Museum mit diesem inhaltlichen Anspruch und seinen materiellen Möglichkeiten im Ruhrgebiet keine Konkurrenz zu befürchten hatte, erweiterte Kahrs bald das Tätigkeitsfeld zu einem »Sammlungspunkt musealer und wissenschaftlicher Bestrebungen im Industriegebiet.«²⁸ Kahrs grub in der Eifel, in Moers und Xanten, in Krefeld-Gellep, in Duisburg-Wedau und in Westfalen. Damit geriet das Essener Museum auch im Bereich der Ausgrabungstätigkeit in Konflikt mit den Bonner Ansprüchen.

Das Museum bündelte damit mehrere Aspekte des neu entstehenden politischen, geografischen und gesellschaftlichen Raumes, den wir heute Ruhrgebiet nennen. Es war damit selbst Teil einer Entwicklung, die im ursprünglichen provinziellen Museumskonzept nicht bedacht oder berücksichtigt worden war.

Als nach dem Ersten Weltkrieg die neue Struktur der Bodendenkmalpflege gemäß dem Ausgrabungsgesetz und seinen Ausführungsbestimmungen zum Tragen kam, erhielt Kahrs von Hans Lehner als Staatlichem Vertrauensmann offizielle Grabungsgenehmigungen. Versuche, die Tätigkeit des Ruhrlandmuseums auf das Essener Gebiet zu beschränken, scheiterten. Aufgrund seiner nachgewiesenen Kompetenz (beziehungsweise der Kompetenz seines Teams, Kahrs selbst war kein Archäologe) konnten solche Genehmigungen kaum verweigert werden.²⁹

Auch übernahm Kahrs sehr viele Grabungen in der Provinz Westfalen und überbrückte die vorindustriellen Provinzgrenzen. »Das Museum geriet so nahezu zwangsläufig in eine zentrale Funktion.«³⁰

Dies geschah von Kahrs Seite sehr systematisch. Eine Basis für die weit über Essen ausgreifende Sammlungs-

²² Zur Person Ernst Kahrs vgl. Erich Schumacher, Ernst Kahrs, der erste Direktor des Ruhrlandmuseums, in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 94 (1979), S. 130–151.

²³ Schumacher, Kahrs (Anm. 22), S. 135.

²⁴ Vgl. Siegfried Loeschke, Versteigerung »Fränkischer Ausgrabungen« der »Sammlung Freiherr Geyr von Schweppenburg-Hönningen«, in: Germania 4, 1/2 (1920), S. 40–43.

²⁵ ALVR 22889, Sitzungsprotokoll rheinische Museumskommission vom 23.01.1912.

²⁶ Mötelfindts, Verzeichnis (Anm. 9), S. 27–50., S. 36 f., Nr. 520 und 593. Laut Auskunft von Dr. Patrick Jung, Ruhr Museum Essen,

dem ich für seine freundliche Unterstützung danke, liegen für die Zeit vor 1922 nur ausschnittshafte Erwerbungsunterlagen vor, so dass Mötelfindts Angaben sich nicht bestätigen lassen.

²⁷ Jung, Archäologie (Anm. 21), S. 12.

²⁸ Schumacher, Kahrs (Anm. 22), S. 136.

²⁹ Für seine Verdienste um die archäologische Forschung und bodendenkmalpflegerische Leistung wurde Ernst Kahrs 1935 zum korrespondierenden Mitglied des Deutschen Archäologischen Instituts ernannt (Jung, Archäologie [Anm. 21], S. 15).

³⁰ Schumacher, Kahrs (Anm. 22), S. 143.

und Grabungstätigkeit bildete beispielsweise ein Vertrag, den die Stadt Essen mit der Emscher-Genossenschaft geschlossen hatte. Demnach gelangten alle paläologischen und archäologischen Funde, die auf den Baustellen der Emscher-Genossenschaft nicht nur in Essen zu Tage kommen sollten, automatisch in die Essener Sammlungsbestände.³¹

Dies widersprach zwar den Bonner Ambitionen voll und ganz, konnte aber nicht verhindert werden, da es den gesetzlichen Bestimmungen gemäß war. In einem Fragebogen, mit dem um 1929 die bestehende Museumslandschaft der Rheinprovinz erfasst werden sollte, wird das spannungsreiche Verhältnis des Essener Museums zu dem Bonner Provinzialmuseum deutlich, wenn unter dem Punkt »Anregungen und Wünsche« festgestellt wurde:

»Es wäre zu wünschen, daß dem Museum im Reg.-Bez. Düsseldorf seine Tätigkeit auf vor- und frühgeschichtlichen [sic] Gebiet in jeder Beziehung erleichtert würde, damit es ungehindert wie vor dem Kriege arbeiten kann und nicht tatenlos zusehen muß, wie für es wichtiges Material ungewertet zu Grunde geht. Der Museumsleiter würde evtl. als Vertrauensmann für den Reg.-Bez. Düsseldorf im Sinne des Ausgrabungsgesetzes zu wirken bereit sein.«³² Offenbar wollte Kahrs sich von der Bonner Aufsicht durch den Staatlichen Vertrauensmann (Lehner) lösen.

Darüber hinaus führte die raumgreifende Tätigkeit des Essener Museums auch zu Konflikten mit anderen Museen und Archäologen. Vor allem Rudolf Stampfuß,³³ der Leiter des Hamborner Heimatmuseums – später nach dem kommunalen Zusammenschluss von Duisburg und Hamborn »Städtisches Heimatmuseum«, seit 1935 »Niederrheinisches Heimatmuseum« Duisburg genannt –, kritisierte immer wieder, dass Kahrs über die Essener Stadtgrenzen hinaus Ausgrabungen durchführen ließ, so auch in Oberhausen und Duisburg. So beschwerte sich Stampfuß 1932 beim Bonner Museumsdirektor Oelmann, dem Nachfolger von Hans Lehner, dass das Oberhausener Heimatmuseum bewusst versuche, »vorgesichtliche Funde nicht zur Kenntnis der Behörden zu bringen« und vielmehr mit dem Essener Museum zusammenarbeite.³⁴ Bereits ein Jahr zuvor hatte sich Stampfuß gegen den Vertrag des Essener Museums mit der

Emscher-Genossenschaft gewandt, weil dadurch Funde aus Duisburg nach Essen gelangt und der Zuständigkeit Stampfuß' entzogen worden waren.³⁵ Stampfuß selbst versuchte 1931 ebenfalls, die Stellung eines Staatlichen Vertrauensmannes zu erreichen und das bisherige System damit zu sprengen.³⁶ Das Ausscheiden Lehners schien dafür ein günstiger Zeitpunkt zu sein.

Theorie und Praxis. Heimatmuseen

Gab es mit diesen relativ großen und fachlich kompetenten Museen in Köln, Essen und Duisburg-Hamborn schon ständige Reibungen, so bildeten die vielen kleinen, fachlich weniger qualifiziert betreuten Heimatmuseen ein weiteres Problem für die provinzielle Museumsstruktur.

Nicht zuletzt in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg wuchsen derartige Einrichtungen wie Pilze aus dem Boden³⁷ (Abb. 1). Dies geschah vor allem, nachdem die erste Depression nach dem Krieg überwunden und ein gewisser wirtschaftlicher Aufschwung eingetreten war.

Die vielen kleinen Heimatmuseen verhielten sich sehr unterschiedlich zu den Ansprüchen aus Bonn, manche kooperierten, andere zeigten sich durchaus widerspenstig. Die Häuser waren auch untereinander oft nicht einig und stritten um Befugnisse und Funde. So musste Lehner 1925 in einem Streit zwischen dem Aachener Suermondt-Museum, der Gemeinde Alsdorf und der Aachener Bergmannsiedlungsgesellschaft Stellung nehmen. Auf dem Gelände dieser Gesellschaft waren römische Funde aufgetaucht, die an das Aachener Suermondt-Museum abgeliefert wurden. Der Alsdorfer Bürgermeister verfügte allerdings aufgrund des Ausgrabungsgesetzes eine Beschlagnahmung der Funde, die Aachener Bergmannsiedlungsgesellschaft legte Widerspruch ein. Lehner gab ein Gutachten ab und sprach sich für den Verbleib der Funde in Aachen aus: »Ich bin grundsätzlich dafür, dass, wenn es sich nicht um Funde besonderer Art handelt, die für das Provinzialmuseum unentbehrlich sind, die Funde in ihrer Gesamtheit in Aachen verbleiben. Dagegen habe ich Bedenken, etwa in Alsdorf ein neues Heimatmuseum entstehen zu lassen, da durch die fortgesetzte Gründung neuer kleiner und kleinster Museen in kleinen Städten und Dörfern eine

³¹ Kraus, Entstehung (Anm. 9), S. 109–111.

³² ALVR 12582.

³³ Zur Person vgl. Christoph Reichmann, Rudolf Stampfuß (1904–1978). Seine Bedeutung für die Rheinische Heimatpflege vor 1945, in: Cilleßen (Hrsg.), Heimatliebe (Anm. 4) S. 93–117.

³⁴ ALVR 22939, Schreiben Stampfuß an Oelmann vom 21.11.1932.

³⁵ »Das Essener Museum hat einen alten Vertrag mit der Emscher-Genossenschaft, nachdem jeder von Arbeitern der Emscher-Genossenschaft im ganzen Bezirk gehobene Fund dem Essener Museum überwiesen wird. Dieser Vertrag ist vor dem Bestehen des Ausgrabungsgesetzes abgeschlossen worden und deshalb eigentlich nichtig. Da ich jetzt schon zum zweiten Mal

auf Grund dieses Vertrages Reibereien mit dem Essener Museum hatte, weil Fundstücke, die auf Duisburg-Hamborner Boden von der Emscher-Genossenschaft gehoben wurden, dem Essener Museum überwiesen worden sind, habe ich von unserem Rechtsamt die rechtliche Stellung prüfen lassen und die geeigneten Schritte unternehmen, damit dieser unsinnige Vertrag aufgehoben wird.« (ALVR 11367, Schreiben Stampfuß an Busley vom 05.02.1931).

³⁶ ALVR 22939, Schreiben Stampfuß an Oelmann vom 28.05.1931.

³⁷ Grafik nach Kraus, Entstehung (Anm. 9), S. 260. Stand 1931. Die Zahlen stammen aus einem Memorandum »Planwirtschaft der Heimatmuseen im Regierungsbezirk Düsseldorf« 1931 (ALVR 11367).

Zersplitterung des Materials entsteht, welche jede wissenschaftliche Uebersicht ausschliesst, ganz abgesehen davon, dass in den kleinen Orten keine genügende Gewähr für eine dauernd gute Aufbewahrung und Behandlung solcher kleinen Fundgruppen gegeben ist.«³⁸

Im Jahr 1928 beschreibt Lehner seine Bedenken gegen die Arbeit der kleinen Heimatmuseen: »Wir haben in der Rheinprovinz eine ganze Anzahl von Vereinsmuseen, die lediglich von den Beiträgen ihrer Vereinsmitglieder oder auch von Zuwendungen einzelner wohlhabender Gönner leben und an öffentliche Unterstützung gar nicht denken. Ihre Sammeltätigkeit ist meist mühe- und ziemlich kostenlos, denn es wird kräftig an den Lokalpatriotismus appelliert, die Eitelkeit der Ortseingesessenen ist eine vortreffliche Bundesgenossin, und wenn es dann, was meist sehr leicht ist, gelingt, den Bürgermeister des Ortes oder gar den Landrat des Kreises, in dessen Kreisstadt der Verein und sein Museum seinen Sitz hat, zu gewinnen, so ist ein neues Orts- und Kreismuseum fertig, welches nunmehr sogar auf Grund des § 8 des Ausgrabungsgesetzes einen gesetzlichen Anspruch auf Ablieferung der in dem betreffenden Orts- und Kreisgebiet gemachten Funde erhebt. Die Eigentümer, welche »in der Verfügung über ihre Funde nicht beschränkt sind, solange gewisse im Gesetz vorgesehene Voraussetzungen nicht eintreten, werden von ihren Ortseingesessenen dahin bearbeitet, den Fund nur abzuliefern, wenn er am Ort selbst in dem Ortsmuseum verbleibt. Die Provinzialmuseen und Landesmuseen haben dann das Nachsehen. [...] Die Sache wird von den Behörden wohlwollend oder zum mindesten lax und dilatorisch behandelt, da sie auf diesem Gebiet keine Konflikte mit ihren Orts- und Kreiseingesessenen wünschen oder mit einem solchen Entgegenkommen der Heimatliebe zu dienen glauben.«³⁹

Das Bonner Museum versuchte, die Zusammenarbeit mit einigen Museen in seinem Sinn mittels Verträgen zu regeln, beispielsweise 1924/25 mit dem Altertumsverein Mayen, 1925 mit der Stadt Remagen und 1927 mit dem Kreis Neuwied. Gegenseitige Rechte und Pflichten wurden darin klar geordnet und gewisse Lücken des Ausgrabungsgesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen ausgebessert.⁴⁰

Diese blieben aber Einzelfälle. Die Spannungen in der Rheinprovinz gingen so weit, dass sogar der Provinziallandtag in einem Beschluss auf einen Ausgleich drängen musste: »Die Verwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß die beiden Museen in Bonn und Trier sich in besserer, ständiger Verbindung mit den örtlichen Hei-

matmuseen halten und die örtlichen Bestrebungen auf dem Gebiet der Volksbildung durch die Veranstaltung von Wanderausstellungen, Hergabe von Dubletten und Abdrücken unterstützen.«⁴¹

Aufgrund des Beschlusses vom April 1927 nahm die Provinzialverwaltung die Betreuung der Heimatmuseen in die Hand. Auf ihre Initiative erfolgte am 23. November 1927 die Gründung des Verbandes der Rheinischen Heimatmuseen. Hierbei konnte man auf das Beispiel der Nachbarprovinz Westfalen zurückgreifen, wo bereits im

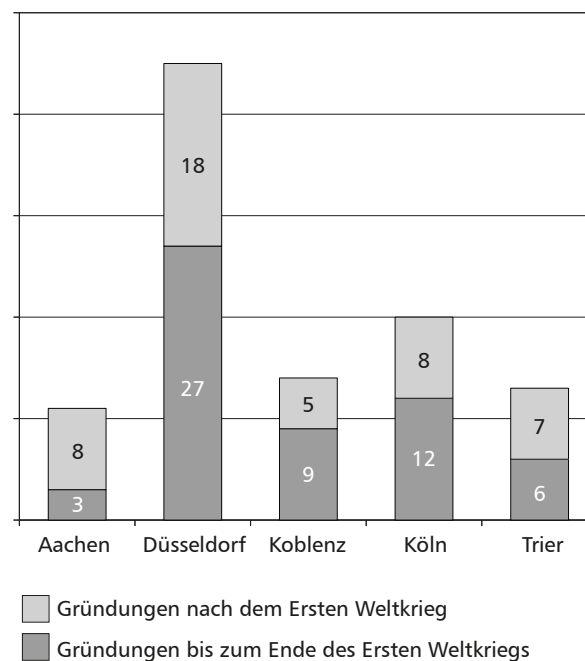


Abb. 1 Heimatmuseen im Rheinland, aufgeteilt nach Regierungsbezirken, Stand 1931.

Mai 1926 eine »Vereinigung Westfälischer Museen« ins Leben gerufen worden war.⁴²

Nach wie vor litt die Museumslandschaft unter dem Gegensatz von Gelehrten- und Volksmuseum. Während Lehner weiter auf seinem Museumskonzept beharrte, entwickelten die Heimatmuseen Vorstellungen, die mit der bestehenden gesetzlichen Struktur nicht einhergingen. So wurde die von Lehner immer wieder betonte Regelung, dass die Heimatmuseen sich streng an ihre amtlichen Gebietsgrenzen zu halten hätten, von den Museen in Frage gestellt. Auf einer Arbeitssitzung des Verbandes der Rheinischen Heimatmuseen 1931 wurde die Forderung diskutiert: »Die Gebietsgrenzen sollten nicht nach

³⁸ ALVR 11307.

³⁹ Lehner, Heimatmuseum (Anm. 3), S. 22 f.

⁴⁰ Vgl. Kraus, Entstehung (Anm. 9), S. 256–259.

⁴¹ Zitiert nach Reichmann, Stampfuß (Anm. 33), S. 59; vgl. auch Rudolf Stampfuß, Der Verband der Rheinischen Heimatmuseen in der Vergangenheit und Gegenwart. Das Ziel des Verbandes

in der heutigen Zeit, in: Rheinische Heimatpflege, Neue Folge 1 (1964), S. 1–12 und S. 3 f.

⁴² Vgl. Martin Griepentrog, Kulturhistorische Museen in Westfalen (1900–1950). Geschichtsbilder, Kulturströmungen, Bildungskonzepte. Paderborn 1998, S. 124–140.

den Amtsgrenzen [...], sondern nach der kulturellen Einheit eines bestimmten Gebietes festgelegt werden.«⁴³

Die Tatsache, dass der Kölner Archäologe Fritz Fremersdorf,⁴⁴ der Leiter der Römischen Abteilung des Wallraf-Richartz-Museums, vom Verband zum »Sachverständigen für Ausgrabungswesen« gewählt wurde, verstärkte Lehnens Skepsis. Fremersdorf war bereits Staatlicher Vertrauensmann für Bodenalertümer für das Stadtgebiet Köln. Lehner befürchtete, dass er nun im Rahmen seiner Verbandstätigkeit auch sein Arbeitsgebiet über die Kölner Stadtgrenzen hinaus ausdehnen würde.⁴⁵

Geschichtsvereine, Heimatbewegung und auch die völkische Bewegung drängten auf Änderungen musealer Konzepte zur Stärkung von Heimat- und Nationalbewusstsein und bedrohten somit nicht nur die territoriale Seite der Museumsstruktur der Rheinprovinz, sondern auch die inhaltliche. Jedenfalls wurde die Forderung nach Volksbelehrung als genuinem Auftrag der Heimatmuseen immer lauter, die so ihre eigene Daseinsberechtigung in der öffentlichen Meinung festigten.

Neue Impulse zu Beginn der dreißiger Jahre

Wie konnte man aus diesem Dilemma herauskommen? Ein wesentlicher Faktor war die Pensionierung Hans Lehnens. Als 1930 sein bisheriger Stellvertreter Franz Oelmann die Leitung des Bonner Museums übernahm, boten sich neue Wege der Verständigung.⁴⁶ Der Kölner Prähistoriker Herbert Kühn⁴⁷ bereiste 1932 die verschiedensten rheinischen Heimatmuseen und war vom Engagement der Museumsleiter ebenso begeistert wie enttäuscht von der mangelnden Hilfe durch die Provinzialmuseen. Offenbar hatte er sich die Sicht des Verbandes der Heimatmuseen zu eigen gemacht.⁴⁸ Am 7. Januar 1933 verfassten Gerhard Ber-

su (Direktor der Römisch-Germanischen Kommission)⁴⁹ und Herbert Kühn (Universität Köln) gemeinsam mit Franz Oelmann eine »Denkschrift betr. die Vorgeschichtsforschung in der Rheinprovinz«. Sie war an den Landeshauptmann gerichtet und sprach die Mängel der bestehenden gesetzlichen und Verwaltungsregelungen offen an. Des Weiteren zielte sie auf die Kontrolle der Aktivitäten von Heimatmuseen und von lokalen Laien-Geschichts- und Vorgeschichtsforschern ab. Die Sprache ist durchaus un-diplomatisch: »Die so schwierige Umbildung des dilettantischen Besserwissens in produktive Arbeit wird erreicht durch Kurse für die Pfleger, Leiter der Heimatmuseen und anderen Interessenten der Vorgeschichtsforschung«. ⁵⁰ Als dann die Kulturabteilung der rheinischen Provinzialverwaltung im nationalsozialistischen Sinn gleichgeschaltet wurde, konnte man relativ nahtlos an die Reformpläne der vergangenen Monate anknüpfen.

Die Neugestaltung des Provinzialmuseums Bonn, das bei dieser Gelegenheit auf den Namen »Rheinisches Landesmuseum Bonn« umgetauft wurde, war ein wesentlicher Teil der Erneuerungspläne, der nicht zuletzt mit der personellen Aufstockung des Mitarbeiterstabs des Museums verbunden war. Damit wurde es möglich, die örtlichen Museen intensiver von Bonn aus zu betreuen, ihnen Hilfe zukommen zu lassen und somit das Verhältnis teilweise zu entspannen. So hat Walter Kersten⁵¹ zusammen mit Oskar Karpa⁵² vom Verband der rheinischen Heimatmuseen im Herbst 1934 ein Fortbildungskonzept für Museumsleiter, Pfleger und alle an Heimatgeschichte Interessierten erarbeitet, das an verschiedenen Orten angeboten werden sollte.

Der nun weit besser gewährleisteten örtlichen Präsenz des Bonner Museums war es auch zu verdanken, dass manchmal Neugründungen von kleinen Heimatmuseen verhindert werden konnten, beispielsweise in Rhens,

⁴³ Zitiert nach Reichmann, Stampfuß (Anm. 33), S. 59f. Dagegen Lehner: »Ortsmuseen und Ortsvereine würden sich aber auch nicht nur an der Wissenschaft vergreifen, sondern zum eigenen Schaden das geschlossene Bild der örtlichen Kulturentwicklung oder Naturentwicklung zerstören und entstellen, wenn sie planlos weit über ihre Bannmeilen hinausgriffen und Gegenstände in ihre Sammlung hineinschleppten, welche in einem entlegenen Teil des Landes gefunden, unter anderen örtlichen Kultur- und Natureinflüssen entstanden, sozusagen einen anderen Dialekt reden als den einheimischen«. (Lehner, Heimatmuseum [Anm. 3], S. 9, dazu auch S. 11f.).

⁴⁴ Zur Person vgl. Andrea Rottloff, Die berühmten Archäologen. Mainz 2009, S. 189–191.

⁴⁵ ALVR 11367, Aktennotiz Lehner über Besprechung Heimatmuseen Reg. Bez. Köln vom 19.03.1928.

⁴⁶ Zur Person vgl. Hans-Eckart Joachim, Der Museumsleiter Franz Oelmann. Ein Direktor in schwierigen Zeiten, in: Bonner Jahrbücher 216 (2016), S. 3–12.

⁴⁷ Zur Person vgl. Martina Schäfer, Herbert Kühn und die Gründerjahre des Kölner UFG-Instituts 1920–1935, In: Johann Callmer u. a. (Hrsg.), Die Anfänge der ur- und frühgeschichtlichen

Archäologie als akademisches Fach (1890–1930) im europäischen Vergleich. Internationale Tagung an der Humboldt-Universität zu Berlin vom 13.–16. März 2003, Rahden 2006, S. 117–126.

⁴⁸ ALVR 11399, Schreiben Herbert Kühn an Josef Busley vom 13.05.1932.

⁴⁹ Zur Person vgl. Werner Krämer, Gerhard Bersu – ein deutscher Prähistoriker, 1889–1964, in: Bericht der Römisch Germanischen Kommission 82 (2001), S. 5–104.

⁵⁰ ALVR 11399, Denkschrift betr. die Vorgeschichtsforschung in der Rheinprovinz vom 07.01.1933.

⁵¹ Zur Person vgl. die Kurzbiographie in Bettina Bouresh, Die Neuordnung des Rheinischen Landesmuseums Bonn 1930–1939. Zur nationalsozialistischen Kulturpolitik der Rheinprovinz. Kunst und Altertum am Rhein, Köln 1996, S. 195.

⁵² Zur Person Karpas und seinem beruflichen Werdegang vgl. Martin Roth, Heimatmuseum und nationalpolitische Erziehung, in: Helge Gerndt (Hrsg.), Volkskunde und Nationalsozialismus. Referate und Diskussionen einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde München, 23. bis 25. Oktober 1986, München 1987, S. 185–199, hier S. 190.

⁵³ ALVR 11399, Schreiben Walter Kersten vom 08.02.1935.

Kreis Koblenz, wo es Museumspläne aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg gab, die in den dreißiger Jahren konkret werden sollten. In Gesprächen mit den Beteiligten und dem Ortsbürgermeister gelang es Kersten, einen anderen – altbekannten – Weg zu gehen: »Der Amtsbürgermeister ging auf meinen Vorschlag ein, sämtliche Bodenfunde dem Landesmuseum zur Verfügung zu stellen, wenn sich dieses verpflichtet, Ersatz in Photos und Nachbildungen zu stellen.«⁵³

Das bedeutete allerdings nicht, dass die jahrzehntelangen Auseinandersetzungen mit Lokalmuseen aus Sicht des Bonner Museums beendet gewesen wären. Es gab weiterhin Streitigkeiten über den Verbleib von Fundstücken, die Kooperation war fallweise sehr schwierig. Aber die neue konzeptionelle Stärke des Bonner Museums, die personelle Ausstattung, die es erlaubte, den Ansprüchen auch Taten folgen zu lassen, und die Rückendeckung des »starken Mannes« der rheinischen Kulturpflege, Landesrat Dr. Hans-Joachim Apffelstaedt,⁵⁴ ließen jetzt keinen Zweifel mehr an der hierarchischen Museumskonzeption der Rheinprovinz aufkommen.

Ergebnis

Die museale Konzeption der Rheinprovinz war im ausgehenden neunzehnten Jahrhundert ganz auf die beiden Provinzialmuseen fixiert, zum einen, weil sie die Prestige-

objekte der Provinz waren und von ihr und dem Staat Preußen finanziert wurden, zum anderen weil private Einrichtungen diese geradezu gefordert hatten und es keine nennenswerte »Museumsszene« darüber hinaus gab, die man hätte berücksichtigen müssen.

Dies änderte sich, als eine wachsende Zahl von kulturgeschichtlichen Museen in der Rheinprovinz entstand und diese eigene Konzepte, Grabungs- und Sammlungstätigkeiten entwickelten. Sie wurden so zu Konkurrenten der großen Provinzialmuseen.

Diese beanspruchten weiterhin die Vorrangstellung. Während das Ausgrabungsgesetz mit seinen Ausführungsbestimmungen zunächst eine Regelung darstellte, die die Stellung der Provinzialmuseen zu stärken schien, erwiesen sie sich in der Praxis aber als ungenügend, denn sie ließen Freiräume für andere Museen neben und durchaus in Konkurrenz zu ihnen. Unabhängig von dieser formalen Ebene verpassten die Provinzialmuseen gesellschaftliche Entwicklungen, die sich auch im Museumswesen widerspiegelten. Erst der Modernisierungsschub der dreißiger Jahre – verstärkt durch die nun herrschende nationalsozialistische Ideologie – regelte das Verhältnis, ohne es abschließend zu lösen.

Dr. Stefan Kraus, Daniel-Luft-Weg 35, 46147 Oberhausen, stefan.kraus@historikerkraus.de

⁵⁴ Zur Person vgl. Heidi Gansohr-Meinel, Hans-Joachim Apffelstaedt und die rheinische Archäologie, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemmann (Hrsg.), Archäologie und Boden-

denkmalpflege in der Rheinprovinz 1920 – 1945. Tagung im Forum Vogelsang, Schleiden, 14.–16. Mai 2012, Köln 2013, S. 49–65.

Bildrechte. Abb. 1 LMB, Ausführung Martin Pütz. Die Daten nach Kraus, Entstehung (Anm. 8), S. 260.

Summary. Shortly before and until 1900 the provincial museums in Bonn and Trier, supported by the Prussian state, dominated over the then flourishing private historical associations in the Rhine province. The increase in the number of cultural-historical museums led to competition, especially in collecting and excavation activities. Legal regulations often tried in vain to secure the priority of provincial museums. It was not until the 1930s that the increase in the number of staff at the Bonn Museum to look after the smaller museums of local history eased the situation somewhat, without, however, leading to a general solution.

Résumé. Peu avant et jusqu'en 1900, les musées provinciaux de Bonn et de Trèves, soutenus par l'Etat prussien, dominaient les associations historiques privées qui prirent un essor dans la Province rhénane à cette époque. L'augmen-

tation du nombre de musées d'histoire culturelle créa une concurrence, en particulier dans les domaines de la collection et des fouilles. Les règlements juridiques tentaient souvent en vain d'accorder la priorité aux musées provinciaux. Ce n'est qu'à partir des années 1930 que l'augmentation du personnel au Musée de Bonn chargé de s'occuper de petits musées d'histoire locale détendit un peu la situation, sans toutefois aboutir à une solution générale.

Resümee. Kurz vor und bis 1900 dominierten die vom preußischen Staat getragenen Provinzialmuseen in Bonn und Trier gegenüber den seinerzeit blühenden privaten historischen Vereinen und Verbänden in der Rheinprovinz. Durch den Zuwachs an kulturhistorischen Museen entstand Konkurrenz, vor allem in der Sammlungs- und Grabungstätigkeit. Gesetzliche Regelungen versuchten oft vergeblich, den Vorrang der Provinzialmuseen zu sichern. Erst in den dreißiger Jahren lockerte die personelle Aufstockung im Bonner Museum zur Betreuung der kleineren Heimatmuseen die Situation etwas, ohne jedoch zu einer allgemeinen Lösung zu führen.